

Pulsnitzer Anzeiger

Dhormer Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Rpf., bei Lieferung frei Haus 50 Rpf. Postbezug monatlich 2.30 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Anzeigenpreise und Nachlasssätze bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 3 (in unseren Geschäftsstellen erhältlich). Bei Konkurs



und Zwangsvergleich wird der für Aufträge etwa schon bewilligte Nachlass hinfällig. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann und G. L. Förster's Erben. Verantwortlich für Textliches u. Sächssches, Unterhaltungs- u. Sport u. Anzeigenteil Karl Hoffmann, Pulsnitz, für Politik und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz, D. A. XII.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstr. 2 u. Adolf-Gitler-Str. 4. Fernruf 518 u. 550.

Das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Finanzamtes zu Ramenz des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 12

Mittwoch, den 15. Januar 1936

88. Jahrgang

Deutschland in der Weltwirtschaft

Ansprache des Oberbürgermeisters Dr. Goerdeler in Stockholm

Der Oberbürgermeister der Messestadt Leipzig, Dr. Goerdeler, hielt in einer Veranstaltung der deutschen Handelskammer in Schweden in Stockholm einen Vortrag über „Preise und Wirtschaft“, der mit größter Beachtung und Beifall aufgenommen wurde.

Dr. Goerdeler führte unter anderem aus: Die Handelsverträge hätten in den letzten Jahren vielfach die Form von Berechnungsabkommen angenommen oder sich mit solchen verbunden. Deutschland habe sich zu dieser Form nicht entschlossen, um etwas Neues schaffen zu wollen, sondern weil ein Land ohne Gold gar keine andere Möglichkeit habe, den naturnotwendigen Ausgleich zwischen Einfuhr und Ausfuhr unter Sicherstellung seines Schuldendienstes herbeizuführen. Wohlfahrt und Kultur in der Welt hingen davon ab, daß die Völker ihre besten Leistungen miteinander austauschen könnten. Die gewaltige Entwicklung des Verkehrs verlange entweder große Wirtschaftsräume mit einheitlichem Wirtschaftsrecht oder anderweitige Sicherung des Kreislaufes der Ware; ein solcher Kreislauf sei gleichbedeutend mit möglichst freiem Handel. Dieser Handel sei nur denkbar, wenn die Währung der am Weltverkehr teilnehmenden Völker für einen langen Zeitraum klar und unabänderlich aufeinander abgestimmt seien, und wenn eine sichere Rechtsordnung die Grundlage des notwendigen Vertrauens schaffe. Zu diesem Ziel, das nur bei gegenseitiger Achtung der politischen Lebensbelange errichtet werden könne, sollten sich alle Völker vereinigen.

Die Stockholmer Abendpresse veröffentlicht längere Unterredungen mit Dr. Goerdeler, worin diese auch auf die große Bedeutung und Stellung der Leipziger Messe im Wirtschaftsleben nicht nur Deutschlands hinwies. Sogar im Fernen Osten, in Handelskreisen der Mongolei zum Beispiel, sei die Messe bekannt. Dann sprach er von den vielen gemeinsamen Erinnerungen, die Leipzig und seine Umgebung mit Schweden aufzuweisen hätte. Indessen sei Leipzig nicht nur die große Messestadt sondern im gleichen Maß auch ein Mittelpunkt des deutschen Buchverlages.

Leiter der Reichsanstalt für das deutsche Bäderwesen

In der Wilhelm-Universität in Breslau fand die Einführung des Leiters der Reichsanstalt für das deutsche Bäderwesen, Professor Dr. Vogt, durch Dr. Friede als Vertreter des Reichserziehungsministeriums statt. Neben dem Lehrkörper der Universität hatten sich die führenden Persönlichkeiten aus der Provinzial- und Kommunalverwaltung, aus der Partei und ihren Gliederungen eingefunden und viele Kurdirektoren und Aerzte.

Die Bedeutung der Errichtung der Reichsanstalt wurde von dem Präsidenten des Reichsfremdenverkehrsverbandes, Staatsminister Esser, eingehend gewürdigt. Professor Dr. Vogt kündigte die Uebertragung eines neuen Ordinariats der Medizinischen Fakultät für Bäder- und Klimakunde an den Leiter der Reichsanstalt an.

Die englisch-französischen Vereinbarungen

Im Ostafrika-Konflikt wird nach den aus London und Paris vorliegenden Meldungen eine neue Entwicklung vor der Tagung des Völkerbundsrates am 20. Januar nicht mehr erwartet. Was die Ratstagung selbst betrifft, ist man in Paris der Ansicht, daß sie weder einen neuen Versuch zur Herstellung des Friedens noch eine Erweiterung der Sühnemahnahmen gegen Italien bringen wird. Beachtung wird von der Auslandspresse einem Besuch geschenkt, den der italienische Botschafter Cerutti dem französischen Ministerpräsidenten Laval abgestattet hat. Die Londoner Presse erwartet von Mussolini eine nachgiebige Haltung sowie die Zustimmung zur Entsendung eines Völkerbundsdelegationskommissars, der an Ort und Stelle die Ursachen des Krieges, die Art der Kriegführung und die Möglichkeiten eines Friedensschlusses prüfen soll.

In Vorbereitung der Genfer Tagung finden in Paris und in London Kabinettsitzungen statt. Im französischen Kabinett, das bereits getagt hat, erstattete Ministerpräsident und Außenminister Laval einen ausführlichen Bericht über die politische Lage. Im englischen Kabinett, das am heutigen Mittwoch tagt, will nach einer Ankündigung des „Daily Telegraph“ Außenminister Eden seine Ministerkollegen um den Auftrag bitten, „alle Bemühungen zur Anwendung der kollektiven Sicherheit zu verdoppeln, damit dieses System allen Ansprüchen der Zukunft Widerstand leisten könne.“

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet über Einzelheiten der englisch-französischen Bestandsabmachungen im Zusammenhang mit der Lage im Mittelmeer. Aus Angaben „von völlig zuverlässiger Seite“ gehe hervor, daß die Besprechungen zwischen den englischen und französischen Stäben lediglich zu „sehr spärlichen Arbeitsabmachungen“ geführt hätten, auf die sich England verlassen könnte, wenn es im Mittelmeer oder in der Nähe des Mittelmeeres angegriffen würde. Anscheinend seien keinerlei Vereinbarungen für eine Zusammenarbeit auf irgendeinem anderen Gebiet getroffen worden.

Was die Flottenzusammenarbeit betreffe, so würde England das Recht erhalten, französische Flottenstützpunkte, Docks und Werkstätten zu benutzen. In Frankreich habe man ernste Zweifel geäußert, ob nicht sogar diese Maßnahmen zu Unruhen der französischen Arbeiter in den betroffenen Häfen führen könnten. Es sei klargemacht worden, daß eine automatische Hilfeleistung der französischen Flotte nicht in Frage komme, da das Kabinett nicht bereit wäre, um die Zustimmung des Parlamentes zu der erforderlichen allgemeinen Mobilmachungsverordnung nachzusuchen.

Aus demselben Grunde würde auch die französische Armee nichts weiteres tun, als sich in den vollständigen Verteidigungszustand zu versetzen. Dies könne durch eine Regierungsverordnung bewirkt werden, durch die die beiden letzten Rekrutenjahrgänge zu den Waffen zurückgerufen würden.

Eine solche Verordnung würde es ermöglichen, daß die zur Besetzung aller französischen Grenzen erforderlichen Divisionen in voller Kriegsstärke sein würden. Die französische Armee würde jedoch nicht in der Lage sein, irgendwelche Operationen über die Landesgrenzen hinaus ohne einen allgemeinen Mobilmachungsbefehl durchzuführen.

Französischer Signaldienst für Englands Luftflotte

Für die Zusammenarbeit in der Luft hätten die Stäbe nicht mehr vereinbaren können, als die Signaldienste der französischen Luftflotte dem britischen Luftfahrtministerium zur Verfügung zu stellen. Der Zweck dieser Maßnahme bestehe darin, die Engländer so früh wie möglich davon zu unterrichten, wenn feindliche Flugzeuge in Richtung England über Frankreich fliegen sollten.

Die Erkenntnis, daß die praktische Unterstützung, auf die England rechnen könne, über die genannten Abmachungen nicht hinausgehen würde, habe, so schließt der diplomatische Korrespondent, zu der gegenwärtigen Ansicht geführt, daß die Völkerbundsstaaten „sich fürer machen“ müßten, wenn man auf kollektive Sicherheit in Zukunft rechnen wolle.

Japan verläßt die Flottenkonferenz

Unüberbrückbare Gegensätze

Die Lage auf der Flottenkonferenz in London hat sich weiter zuspitzt. Wie verlautet, hat die japanische Flottenabordnung den Beschluß gefaßt, die Flottenkonferenz zu verlassen. Die Entscheidung der Japaner wird als endgültig bezeichnet. Ob Japan in London einen Beobachter zurücklassen wird, ist im Augenblick noch ungewiß.

Wie weiter verlautet, wird die japanische Abordnung ihren Austrittsbeschluß, von dem sie bereits am Vortage der englischen Abordnung Mitteilung gemacht hat, in der nächsten Vollziehung der fünf Delegationen amtlich bekanntgeben. Der Entschluß der Japaner wurde nach Einzelverhandlungen gefaßt, an denen auch der englische Außenminister Eden teilnahm. Zunächst hat man nun in London die bereits für Freitag vergangener Woche vorgesehene und seitdem dreimal vertagte Sitzung der Konferenz erneut kurzfristig hinausgeschoben. In den letzten 24 Stunden fand lediglich eine gemeinsame Besprechung der Abordnungen Englands und der Vereinigten Staaten statt, in der die Entscheidung Japans und die Zukunft der Flottenkonferenz erörtert wurde.

Die japanischen Zeitungen sprechen nach den aus Tokio vorliegenden Meldungen bereits vom „Abbruch der Flottenkonferenz“. Aus japanischen Marinereisen hört man, die Konferenz habe „unüberbrückbare Gegensätze“ zwischen Japan und England sowie den Vereinigten Staaten ergeben. Eine klare Lösung sei nunmehr unumgänglich gewesen. Man solle die Lage nicht beschönigen. Die Fünfmächtekonferenz sei beendet. Japan sei nicht unmittelbar daran interessiert, was die vier Mächte nun tun werden.

Japanischer Einspruch gegen die Fortführung der Londoner Tagung als Viermächtekonferenz

London, 14. Januar. Wie „Press Association“ erfährt, hat die japanische Flottenabordnung gegen die Fortführung der Verhandlungen als Viermächtekonferenz den juristischen Einspruch erhoben, daß die Bedingungen eines Fünfmächtevertrages nicht von einer Viermächtekonferenz festgelegt werden könnten. Die britischen und die amerikanischen Juristen erkannten jedoch diesen Einwand nicht als stichhaltig an.

Der japanische Admiral Nagano erklärte einem englischen Pressevertreter gegenüber, Japan habe den ernstlichen Wunsch, die internationale Lage nicht zu be-

schlechtern. Nach japanischer Auffassung bedeute ein Ausscheiden Japans nicht ein Rüstungswettrennen. Japan beabsichtige nicht, seine Flotte bis zur Größe der Flotten Englands oder Amerikas aufzurüsten, obgleich das derzeitige amerikanische Bauprogramm, das den gegenwärtigen Flottenvertrag voll ausnütze, in Japan Beunruhigung verursache. Solange nicht die anderen ein Flottenwettrennen hervorriefen, werde sich auch Japan zurückhalten. Gleichzeitig müsse betont werden, daß sich die Flottenverträge von Washington und London für die Verteidigungsbedürfnisse Japans als unbefriedigend erwiesen hätten. Das in Washington begründete Verhältnisystem lasse Japan keine Gerechtigkeit widerfahren. Die Japaner seien der Ansicht, daß es zwecklos sein würde, an Besprechungen über eine starkmäßige Begrenzung teilzunehmen, solange kein Abkommen auf angemäßigem Gebiete erreicht sei. Zur Frage der Befestigung der Flottenstützpunkte im Stillen Ozean, einer Frage, die durch den Washingtoner Vertrag geregelt war, erklärte ein Sprecher der Japaner, daß die japanische Abordnung diese Frage nicht gegen den Grundsatz der Gleichberechtigung ausbhandeln könne.

In Kreisen der amerikanischen Abordnung wird das bevorstehende Ausscheiden Japans aus der Konferenz mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Einerseits bedauert man die Tatsache des Ausscheidens, andererseits empfindet man es als eine Erleichterung, daß der Vorschlag auf Festlegung einer gemeinsamen oberen Rüstungsgrenze endgültig vom Programm der Konferenz verschwunden ist. „Press Association“ stellt fest, ein Ergebnis der japanischen Haltung bestehe darin, daß die Beziehungen zwischen der britischen und der amerikanischen Abordnung sich enger gestalten.

16 britische Kriegsschiffe auf Kreuzfahrt

Wie vorgeesehen, haben am Dienstag 16 Kriegsschiffe der englischen Heimatflotte, nämlich zwei Linienfahrer, ein Flugzeugmuttergeschiff, drei Kreuzer und zehn Zerstörer ihre Frühjahrskreuzfahrt angetreten. Die Mehrzahl der Schiffe wird vom 17. bis 22. Januar in der Arosa-Bucht und vom 24. Januar bis zum 3. Februar in Gibraltar sein. Anschließend begeben sich die Schiffe teils nach Madeira und Las Palmas, teils nach Casablanca, Cadix und Lissabon. Bis zum 22. Februar werden sämtliche Schiffe wieder in Gibraltar verammelt sein. Die ersten von ihnen treffen bereits zwischen dem 4. und 17. Februar in Gibraltar ein.